

AMTSBLATT

für den

LANDKREIS HILDESHEIM



2021

Herausgegeben in Hildesheim am 19. Mai 2021

Nr. 26

Inhalt		Seite
10.05.2021	- Satzung zur Aufhebung der Satzung über die Ablösung der Verpflichtung zur Anlegung privater Spielplätze in der Stadt Hildesheim (Ablösungssatzung)	264
12.05.2021	- Sitzung des Schul- und Kulturausschusses, Landkreis Hildesheim	265
17.05.2021	- Verordnung der Gemeinde Giesen zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung - Gefahrenabwehrverordnung -	267

Impressum

Herausgeber: Landkreis Hildesheim, Dezernat 1, Bischof-Janssen-Straße 31, 31132 Hildesheim
Druck: Druckerei des Landkreises Hildesheim
E-Mail: amtsblatt@landkreishildesheim.de
Ansprechpartner/in: Frau von Wagner, 103 - Hauptamt, Tel. (0 51 21) 309-1471, E-Mail: caren.wagner@landkreishildesheim.de

Satzung zur Aufhebung der Satzung über die Ablösung der Verpflichtung zur Anlegung
privater Spielplätze in der Stadt Hildesheim (Ablösungssatzung)

Aufgrund der §§ 10 und 11 des Nieders. Kommunalverfassungsgesetzes in der Fassung vom
17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom
15.07.2020 (Nds. GVBl. Nr. 27/2020, S. 244) hat der Rat der Stadt Hildesheim am 16.11.2020
folgende Aufhebungssatzung beschlossen:

§ 1

Die Satzung über die Ablösung der Verpflichtung zur Anlegung privater Stellplätze in der Stadt
Hildesheim (Ablösungssatzung) wird aufgehoben.

§ 2

Diese Satzung tritt am Tag nach Ihrer Verkündung in Kraft.

Hildesheim, 10.05.2021

gez. Dr. Ingo Meyer
Oberbürgermeister

Sitzung des Schul- und Kulturausschusses

am Donnerstag, den 20. Mai 2021, findet um 16.00 Uhr,
im großen Sitzungssaal des Kreishauses,
Bischof-Janssen-Str. 31, 31134 Hildesheim
eine Sitzung des Ausschusses für Schule, Bildung und Kultur statt.

Tagesordnung

Sitzung des Schulausschusses mit hinzugewählten Mitgliedern nach dem Niedersächsischen Schulgesetz (NSchG)

Öffentliche Sitzung

Vorläufige Tagesordnung

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Genehmigung des Protokolls des öffentlichen Teils der Sitzung vom 25.02.2021
4. Gemeinsame „Phase 0“ für die drei Berufsbildenden Schulen des Landkreises Hildesheim:
Walter-Gropius-Schule, Herman-Nohl-Schule und Werner-von-Siemens-Schule
-Vorlage 1115/XVIII -
5. Antrag zur Spendenannahme der Firma Hamelin GmbH
-Antrag Nr. 605 der AfD-Fraktion vom 05.05.2021-
-Vorlage wird nachgereicht-
6. Mitteilungen der Verwaltung
7. Anfragen

ab ca. 16:20 Uhr

Sitzung des Schul- und Kulturausschusses mit den beratenden Mitgliedern in Angelegenheit der Kultur- und Heimatpflege

Öffentliche Sitzung

Vorläufige Tagesordnung

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Cultural Hub
4. Bericht aus dem Kulturbüro
5. Mitteilungen der Verwaltung
6. Anfragen

Hildesheim, den 12.05.2021

Landkreis Hildesheim

Der Landrat

In Vertretung

gez. Hansen

Verordnung der Gemeinde Giesen zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung — Gefahrenabwehrverordnung —

Aufgrund der §§ 1 und 55 Absatz 1 Nummer 1 des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (NPOG) vom 24.05.2019, in der jetzt gültigen Fassung und § 7 Absatz 3 der 32. Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes (Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung – 32. BImSchV) vom 29.08.2002 (BGBl. I S. 3478), in der jetzt gültigen Fassung und § 2 des Niedersächsischen Gesetzes über Verordnungen der Gemeinden zum Schutz vor Lärm (NLärmSchG) vom 10.12.2012 (Nds. GVBl. S. 562), in der jetzt gültigen Fassung und § 17 Absatz 5 des Niedersächsischen Gesetzes über das Halten von Hunden (NHundG) vom 26.05.2011 (Nds. GVBl.S. 130), in der jetzt gültigen Fassung sowie der §§ 10, 11 und 58 Absatz 1 Nummer 5 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), in der jetzt gültigen Fassung hat der Rat der Gemeinde Giesen in seiner Sitzung am 17.05.2021 für das Gebiet der Gemeinde Giesen folgende Verordnung beschlossen:

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil – Allgemeine Vorschriften

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Begriffsbestimmungen

Zweiter Teil – Allgemeine Verhaltensregeln

- § 3 Störungen und Verunreinigungen
- § 4 Tiere
- § 5 Lärm
- § 6 Offene Feuer
- § 7 Eiszapfen, Schnee
- § 8 Betreten von Eisflächen

Dritter Teil – Öffentliche Flächen

- § 9 Grünpflege
- § 10 Hausnummern

Vierter Teil – Gemeinsame Vorschriften

- § 11 Ausnahmegenehmigungen
- § 12 Ordnungswidrigkeiten

Fünfter Teil – Schlussvorschrift

- § 13 Inkrafttreten

§ 1 Geltungsbereich

- (1) Diese Verordnung gilt im Gebiet der Gemeinde Giesen.
- (2) Spezielle Regelungen in anderen Vorschriften gehen diesen Regelungen vor.

§ 2 Begriffsbestimmungen

- (1) Öffentliche Flächen im Sinne dieser Verordnung sind alle öffentlichen Straßen und öffentlichen Anlagen.
- (2) Öffentliche Straßen im Sinne dieser Verordnung sind alle Straßen, Wege und Plätze, die dem öffentlichen Verkehr gewidmet sind oder auf denen öffentlicher Verkehr tatsächlich stattfindet. Zu den öffentlichen Straßen nach Satz 1 gehören insbesondere
 1. die öffentlichen Straßen im Sinne von § 2 Niedersächsisches Straßengesetz (NStrG) mit ihren in § 2 Absatz 2 Nummer 1 bis 3 NStrG genannten Bestandteilen,
 2. die der Straße angrenzende Grünstreifen,
 3. Anlagen zur Einfriedung und Beleuchtung,
 4. Anlagen zur Verschönerung und Ausgestaltung des Straßenraumes wie etwa Schaukästen, Kunstobjekte oder Straßenmobiliar,
 5. Anlagen, die dem Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs dienen.
- (3) Öffentliche Anlagen im Sinne dieser Verordnung sind alle für die Allgemeinheit zugänglichen und der Öffentlichkeit zur Verfügung stehenden
 1. Park- und Grünanlagen einschließlich der Straßen, Wege und Plätze innerhalb dieser Anlagen,
 2. Erholungsanlagen,
 3. Grillplätze,
 4. Wälder,
 5. Friedhöfe,
 6. Schulhöfe,
 7. Gedenkplätze,
 8. Anlagen, die dem Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs dienen,
 9. Regenrückhaltebecken, Gewässer-, und Uferanlagen,
 10. Spiel-, Bolz- und Sportplätze
- (4) Die Absätze 1 bis 3 gelten ohne Rücksicht auf die straßenrechtliche Widmung und die Eigentumsverhältnisse. Die Absätze 1 bis 3 gelten darüber hinaus auch, wenn für die Benutzung oder das Betreten Gebühren oder Eintrittsgelder erhoben werden.

Zweiter Teil – Allgemeine Verhaltensregeln

§ 3

Störungen und Verunreinigungen

- (1) Öffentliche Flächen dürfen nur im Rahmen des Gemeingebrauchs und ihres Widmungszwecks bzw. ihrer Zweckbestimmung entsprechend genutzt werden. Dabei hat sich jeder so zu verhalten, dass andere Personen nicht gefährdet oder mehr als nach den Umständen vermeidbar behindert oder belästigt werden.
- (2) Es ist verboten, öffentliche Flächen zu verunreinigen, zu bemalen, zu besprühen, zu beschreiben, zu bekleben, zu behängen oder in ihrer Funktion zu beeinträchtigen.
- (3) Es ist verboten, Hausmüll oder sperrige Gegenstände in öffentlichen Papierkörben zu entsorgen.
- (4) Das Abstellen von Gegenständen (Kartonagen, Pappe, Papier, Glas, etc.) neben Sammelcontainern ist verboten.
- (5) Das Abstellen von Abfällen außerhalb von (überfüllten) Abfall- oder Wertstoffbehältern ist verboten.
- (6) Wer Werbematerialien (Zeitschriften, Prospekte, Flugblätter, etc.) verteilt, ist verpflichtet, eine damit zusammenhängende Verunreinigung öffentlicher Flächen sofort zu beseitigen.
- (7) Wer Waren zum sofortigen Verzehr anbietet, muss eine ausreichende Anzahl von Abfallbehältern aufstellen und rechtzeitig entleeren.
- (8) Auf Schulhöfen und Kinderspielplätzen sind das Rauchen sowie das Konsumieren und das offene Mitführen von alkoholischen Getränken verboten.

§ 4

Tiere

- (1) Tiere sind so zu halten, zu führen und zu beaufsichtigen, dass von ihnen keine Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgehen. Insbesondere ist dabei zu verhindern, dass Tiere Menschen oder andere Tiere anspringen, anfallen oder beißen.
- (2) Tierhalter/-innen sowie die mit der Führung oder Beaufsichtigung von Tieren beauftragten Personen sind verpflichtet, den von ihren Tieren auf öffentlichen Flächen abgelegten Kot unverzüglich zu beseitigen. Die Reinigungspflicht nach Satz 1 geht der des Anliegers vor.
- (3) Hunde dürfen außerhalb ausbruchssicherer Grundstücke nur so gehalten und geführt werden, dass sie nicht vom Hundehalter bzw. von der Hundehalterin oder von der mit der Führung oder Beaufsichtigung des Hundes beauftragten Person unbeaufsichtigt frei herumlaufen können.
- (4) Auf öffentlich zugänglichen Kinderspielplätzen, Bolzplätzen, Sportanlagen und Schulhöfen sowie in öffentlich zugänglichen Kindergärten und bei öffentlichen Veranstaltungen sind Hunde an der Leine zu führen. Der Leinenpflicht ist Genüge getan, wenn der Hund an einer höchstens zwei Meter langen Leine geführt wird, die so stark und so befestigt ist, dass der Hund sich hiervon nicht alleine lösen kann.
- (5) Das Füttern von wildlebenden Tauben ist verboten.

§ 5

Lärm

- (1) In der Zeit von 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr (Nachtruhe) sind sämtliche Betätigungen verboten, die die Ruhe der Anwohner wesentlich stören können. An Sonn- und Feiertagen gilt das Verbot ganztägig.
- (2) Der Betrieb von motorbetriebenen Arbeitsgeräten (Rasenmähern, Säge-, Bohr- und Schleifmaschinen, etc.) ist an Sonn- und Feiertagen durchgängig sowie an Werktagen in der Zeit von 13.00 bis 15.00 Uhr und von 19.00 bis 7.00 Uhr verboten.
- (3) Die Benutzung der Altglas-, Altkleider- und Sammelcontainer ist nur werktags in der Zeit von 07.00 Uhr bis 19.00 Uhr erlaubt.
- (4) Ausgenommen von den Regelungen des Absatzes 1 sind unaufschiebbare geräuschintensive Arbeiten, die zur Beseitigung einer Notsituation erforderlich sind. Die in Absatz 1 aufgeführten Regelungen gelten zudem nicht für landwirtschaftliche oder gewerbliche Betriebe sowie für Arbeiten, die im öffentlichen Interesse durchgeführt werden.

§ 6

Offene Feuer

- (1) Offene Feuer im Freien zur Brauchtumpflege (z.B. Osterfeuer) sowie Lagerfeuer bedürfen, soweit sie nicht bereits durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes ausdrücklich verboten oder erlaubt sind, der Genehmigung nach § 11 dieser Verordnung. Die Genehmigung ersetzt nicht die Zustimmung des Verfügungsberechtigten des Grundstücks, auf dem das Feuer abgebrannt werden soll.
- (2) Von den Regelungen des Absatzes 1 ausgenommen ist auf Privatgrundstücken der ordnungsgemäße Betrieb von Grillgeräten, die ordnungsgemäße Nutzung von Fackeln und Schwedenfeuer sowie die ordnungsgemäße Nutzung handelsüblicher Aztekenöfen, Feuerkörbe und Feuerschalen bis zu einem Durchmesser von 100 cm, sofern diese mit dafür vorgesehenem Brennmaterial (Holzkohle, Brennholz, etc.) betrieben werden.
- (3) Weitergehende gesetzliche Regelungen zum Abbrennen offener Feuer bleiben von diesen Regelungen unberührt. Dazu zählt insbesondere, dass das Verbrennen von pflanzlichen Abfällen außerhalb zugelassener Beseitigungsanlagen nach § 28 Kreislaufwirtschaftsgesetz in Verbindung mit der Pflanzenabfallverordnung grundsätzlich verboten ist.

§ 7

Eiszapfen, Schnee

Eiszapfen an Gebäudeteilen, Schneeüberhänge und auf Dächern liegende Schneemassen, die auf öffentliche Flächen zu stürzen drohen, sind unverzüglich zu beseitigen.

§ 8

Betreten von Eisflächen

Das Betreten oder Befahren von Eisflächen der öffentlich zugänglichen Gewässer und öffentlichen Anlagen ist verboten.

Dritter Teil – Öffentliche Flächen

§ 9 Grünpflege

- (1) Die auf Straßen überhängenden, lebenden Äste und Zweige von Pflanzen müssen über Fahrbahnen und Parkspuren bis zu einer Höhe von 4,50 m und über den sonstigen Bestandteilen der öffentlichen Straßen bis zu einer Höhe von 2,50 m beseitigt werden. Überhängende trockene Äste und Zweige sind vollständig zu entfernen.
- (2) Pflanzen sind so zu beschneiden, dass Verkehrszeichen und -einrichtungen, Straßen- und Hinweisschilder sowie die Straßenbeleuchtung, Hydranten und Versorgungsleitungen nicht verdeckt oder in ihrer Funktion beeinträchtigt werden.

§ 10 Hausnummern

- (1) Die nach § 126 Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) zur Nummerierung verpflichteten Grundstückseigentümer/-innen sowie die ihnen nach § 200 Absatz 2 BauGB Gleichgestellten (z.B. Erbbauberechtigte) haben die von der Gemeinde Giesen festgesetzten Hausnummern so anzubringen und instand zu halten, dass sie von der Straße aus gut sichtbar und auch bei Dunkelheit lesbar sind.
- (2) Befindet sich der Hauseingang nicht an der Straßenseite des Gebäudes, so ist die Hausnummer an der dem Eingang nächstliegenden straßenseitigen Gebäudeecke anzubringen. Liegt das Gebäude so, dass die am Haus angebrachte Hausnummer von der Straße nicht erkennbar ist, ist der an der Straße liegende Grundstückszugang zusätzlich so mit einer Hausnummer zu versehen, dass diese von der Straße aus gut sichtbar und auch bei Dunkelheit lesbar ist.
- (3) Bei einer Neufestsetzung ist die Hausnummer zu ändern. Die alte Hausnummer darf während eines Übergangszeitraumes von einem Jahr nicht entfernt werden und ist mit roter Farbe so zu durchkreuzen, dass sie als ungültig auszumachen und weiterhin lesbar ist. Nach Ablauf des Übergangszeitraumes ist die alte Hausnummer zu entfernen.
- (4) Die Kosten für die Maßnahmen nach den Absatz 1 bis 3 tragen die nach §§ 126 Absatz 3 und 200 Absatz 2 BauGB verpflichteten Personen.

Vierter Teil – Gemeinsame Vorschriften

§ 11 Ausnahmegenehmigungen

- (1) Von der Gemeinde Giesen können von den vorstehenden Regelungen im Einzelfall auf Antrag Ausnahmen erteilt werden, wenn diese im Rahmen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung unbedenklich sind und keine sonstigen sachlichen Gründe gegen eine Versagung sprechen.

Ausnahmegenehmigungen bedürfen grundsätzlich der Schriftform. In dringenden Fällen kann die Ausnahmegenehmigung mündlich erteilt werden. Mündliche Ausnahmegenehmigungen sind grundsätzlich unverzüglich schriftlich zu erlassen.

§ 12 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig nach § 59 Absatz 1 Nds. SOG handelt, wer ohne Ausnahmegenehmigung nach § 11 vorsätzlich oder fahrlässig
1. entgegen § 3 Absatz 1 Satz 1 öffentliche Flächen über den Gemeingebrauch oder ihres Widmungszwecks bzw. ihrer Zweckbestimmung hinaus nutzt,
 2. entgegen § 3 Absatz 2 öffentliche Flächen verunreinigt, bemalt, besprüht, beschreibt, beklebt, behängt oder in ihrer Funktion beeinträchtigt,
 3. entgegen § 3 Absatz 3 Hausmüll oder sperrige Gegenstände in öffentlichen Papierkörben entsorgt,
 4. entgegen § 3 Absatz 4 Gegenstände neben Sammelcontainern abstellt,
 5. entgegen § 3 Absatz 5 Abfälle außerhalb von (überfüllten) Abfall- oder Wertstoffbehältern abstellt,
 6. entgegen § 3 Absatz 6 Werbematerialien verteilt ohne eine damit zusammenhängende Verunreinigung öffentlicher Flächen sofort zu beseitigen,
 7. entgegen § 3 Absatz 7 Waren zum sofortigen Verzehr anbietet ohne eine ausreichende Anzahl von Abfallbehältern aufzustellen oder diese nicht rechtzeitig entleert,
 8. entgegen § 3 Absatz 8 auf Schulhöfen oder Kinderspielplätzen raucht oder alkoholische Getränke konsumiert oder offen mitführt,
 9. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 nicht verhindert, dass das von ihm/ihr gehaltene, geführte oder beaufsichtigte Tier andere Tiere oder Personen anspringt, anfällt oder beißt,
 10. entgegen § 4 Absatz 2 den auf öffentlichen Flächen abgelegten Kot des von ihm/ihr gehaltenen, geführten oder beaufsichtigten Tieres nicht unverzüglich beseitigt,
 11. entgegen § 4 Absatz 3 Hunde außerhalb ausbruchsicherer Grundstücke nicht so hält oder führt, dass sie nicht vom Hundehalter bzw. von der Hundehalterin oder von der mit der Führung oder Beaufsichtigung des Hundes beauftragten Person unbeaufsichtigt frei herumlaufen können,
 12. entgegen § 4 Absatz 4 Satz 1 auf öffentlich zugänglichen Kinderspielplätzen, Bolzplätzen, Sportanlagen, Schulhöfen oder in öffentlich zugänglichen Kindergärten oder Freibädern oder in der Fußgängerzone oder bei öffentlichen Veranstaltungen Hunde nicht an einer der Leinenpflicht nach § 4 Absatz 4 Satz 2 genügenden Leine führt,
 13. entgegen § 4 Absatz 6 wildlebende Tauben füttert,
 14. entgegen § 5 Absatz 1 Satz 1 in der Zeit von 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr (Nachtruhe) Betätigungen ausübt, die die Ruhe der Anwohner wesentlich stören können, ohne dass eine Ausnahme nach § 5 Absatz 4 vorliegt,
 15. entgegen § 5 Absatz 1 Satz 2 an Sonn- oder Feiertagen Betätigungen ausübt, die die Ruhe der Anwohner wesentlich stören können, ohne dass eine Ausnahme nach § 5 Absatz 4 vorliegt,
 16. entgegen § 5 Absatz 2 an Sonn- und Feiertagen oder an Werktagen in der Zeit von 13.00 bis 15.00 Uhr und von 19.00 bis 7.00 Uhr motorbetriebene Arbeitsgeräte betreibt, ohne dass eine Ausnahme nach § 5 Absatz 4 vorliegt.
 17. entgegen § 5 Absatz 2 Altglas-, Altkleider- oder Sammelcontainer an Sonn- oder Feiertagen oder werktags außerhalb der Zeit von 07.00 Uhr bis 19.00 Uhr benutzt,
 18. entgegen § 6 Absatz 1 ein offenes Feuer zur Brauchtumspflege oder ein Lagerfeuer abbrennt, sofern dieses nicht bereits durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes ausdrücklich erlaubt ist und es sich nicht um eine Ausnahme nach § 6 Absatz 2 oder 3 handelt,

19. entgegen § 7 Eiszapfen an Gebäudeteilen, Schneeüberhänge oder auf Dächern liegende Schneemassen, die auf öffentliche Flächen zu stürzen drohen, nicht unverzüglich beseitigt,
 20. entgegen § 8 Absatz 1 Eisflächen der öffentlich zugänglichen Gewässer und öffentlichen Anlagen betritt oder befährt,
 21. entgegen § 9 Absatz 1 Satz 1 die auf Straßen überhängenden, lebenden Äste und Zweige von Pflanzen über Fahrbahnen oder Parkspuren bis zu einer Höhe von 4,50 m oder über den sonstigen Bestandteilen der öffentlichen Straßen bis zu einer Höhe von 2,50 m nicht beseitigt,
 22. entgegen § 9 Absatz 1 Satz 2 überhängende trockene Äste und Zweige nicht vollständig entfernt,
 23. entgegen § 9 Absatz 2 Pflanzen nicht so beschneidet, dass Verkehrszeichen, Verkehrseinrichtungen, Straßenschilder, Hinweisschilder, Hydranten, Versorgungsleitungen oder die Straßenbeleuchtung nicht verdeckt oder in ihrer Funktion beeinträchtigt werden,
 24. entgegen der Verpflichtung aus § 10 Absatz 1 die von der Gemeinde Giesen festgesetzte Hausnummer nicht anbringt oder nicht so anbringt oder instand hält, dass sie von der Straße aus gut sichtbar und auch bei Dunkelheit lesbar ist,
 25. entgegen der Verpflichtung aus § 10 Absatz 2 Satz 1 die Hausnummer nicht an dem Eingang nächstliegenden straßenseitigen Gebäudeecke anbringt, wenn sich der Hauseingang nicht an der Straßenseite des Gebäudes befindet,
 26. entgegen der Verpflichtung aus § 10 Absatz 2 Satz 2 den an der Straße liegenden Grundstückszugang nicht zusätzlich so mit einer Hausnummer versieht, dass diese von der Straße aus gut sichtbar und auch bei Dunkelheit lesbar ist, wenn das Gebäude so liegt, dass die am Haus angebrachte Hausnummer von der Straße nicht erkennbar ist,
 27. entgegen der Verpflichtung aus § 10 Absatz 3 Sätze 1 und 2 die Hausnummer nicht ändert oder die alte Hausnummer während eines Übergangszeitraumes von einem Jahr entfernt oder während dieses Übergangszeitraumes die Hausnummer nicht mit roter Farbe so durchkreuzt, dass sie als ungültig auszumachen und weiterhin lesbar ist,
 28. entgegen der Verpflichtung aus § 10 Absatz 3 Satz 3 die alte Hausnummer nach Ablauf des Übergangszeitraumes von einem Jahr nicht entfernt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 59 Absatz 2 Nds. SOG mit einer Geldbuße bis zu 5.000 Euro geahndet werden.

Fünfter Teil – Schlussvorschrift

§ 13 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 01. Juni 2021 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Verordnung der Gemeinde Giesen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit vom 11.12.2006 außer Kraft.

Giesen, 17. Mai 2021

gez. Lücke

Gemeinde Giesen
Der Bürgermeister